



Nr. 252 | 07.06.2021

Ukraine-Analysen

Zwischenfazit: zwei Jahre Selenskyj

■ KOMMENTAR	
Trotz ökonomischer Reformen fehlt eine Strategie in der Wirtschaftspolitik Von Kseniia Gatskova (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)	2
Test bestanden, Herausforderung verstanden? Präsident Selenskyj und der Donbas-Konflikt Von André Härtel (Universität Hamburg / Friedrich-Schiller-Universität Jena)	3
Selenskyj symbolisiert die Krise der politischen Repräsentation Von Wolodymyr Ischtschenko (Technische Universität Dresden)	4
Der gewachsene Einfluss der Regionen wird zur Herausforderung für Selenskyj Von Oleksandra Keudel (Freie Universität Berlin)	5
Das Vertrauen und die Hoffnung auf einen Aufbruch schwinden Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	6
■ UMFragen	
Zwei Jahre Selenskyj aus Sicht der Bevölkerung	8
<hr/>	
■ STATISTIK	
Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine, Stand: 05. Juni 2021	10
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 10 – 24. Mai 2021	14
<hr/>	
■ CHRONIK	
10. – 24. Mai 2021	15

Trotz ökonomischer Reformen fehlt eine Strategie in der Wirtschaftspolitik

Von Kseniia Gatskova (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)

Er war mit einem großen Versprechen angetreten: Durch ambitionierte Modernisierungen wollte Präsident Wolodymyr Selenskyj die ökonomische Lage der Ukraine deutlich verbessern. Doch nun, nach zwei Jahren im Amt, ist davon nichts zu spüren. Für das Ausbleiben eines ukrainischen Wirtschaftswunders, da sind sich die Experten einig, ist längst nicht nur die Coronakrise verantwortlich. Die Probleme reichen tiefer: Trotz zahlreicher ökonomischer Reformen fehlt offensichtlich weiterhin eine Strategie in der Wirtschaftspolitik. Hinzu kommen eine chaotische Finanzplanung und die schwer nachvollziehbare Personalpolitik der Regierung.

Generell verharret die ukrainische Wirtschaft während der Präsidentschaft Selenskyjs in einer schwierigen Lage. Der globalen Entwicklung folgend, ging die Wirtschaftsleistung 2020 aufgrund der Pandemie zurück, die Arbeitslosigkeit stieg etwas an. Dem Statistikamt der Ukraine zufolge sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2020 real um 4 Prozent, die Arbeitslosenquote erreichte 10 Prozent. Zugleich zeigen Umfragen, dass die Auswirkungen der Coronakrise auf die Haushalte, vor allem jene mit niedrigerem Einkommen, doch wesentlich waren (Einkommen sind gesunken, Arbeitsunsicherheit ist gestiegen, Ersparnisse wurden verbraucht). 2021 – immerhin – setzte eine langsame Erholung der ukrainischen Wirtschaft ein. Allerdings ist das nicht mehr als ein kleiner Lichtblick, denn die vom Coronavirus verursachte Krise war deutlich weniger tiefgreifend als jene, die auf die russischen Angriffe auf das Territorium der Ukraine 2014 folgte.

In den zwei Jahren der Präsidentschaft gab es keine substanziellen Schritte hin zu einem Ende des Krieges mit Russland, geschweige denn zu einer Wiedervereinigung der ukrainischen Territorien mit der Halbinsel Krim und den umkämpften ostukrainischen Gebieten. Stattdessen drohte der Konflikt erneut zu eskalieren, als

Russland im April 2021 mit der – vorübergehenden – Verlegung großer Truppenteile an die Grenze erneut provozierte. Die bisherige Strategie des Präsidenten Selenskyj zur Konfliktregulierung war erfolglos.

Auch der Kampf gegen Korruption in der Ukraine hat bislang keine nachhaltigen Erfolge gezeitigt. Erste Initiativen des Präsidenten dazu sind an Widerständen im notorisch korrupten Justizsystem zerschellt. Daraufhin scheint Selenskyj es aufgegeben zu haben, das korrupte Staatssystem aufzubrechen. Mehr noch: Er hat seine Reformvorhaben nicht nur zurückgenommen, sondern sogar Entscheidungen getroffen, die als »Antireformen« gelten (z. B. wurde der offene Wettbewerb für Regierungspositionen abgeschafft). Im Ergebnis verhinderte die Macht der Oligarchen erneut nachhaltige Veränderungen. Obendrein blieb das Steuersystem unter Selenskyj ineffizient, was die weitverbreitete Schattenwirtschaft fördert.

Entsprechend ist das Vertrauen in den Präsidenten und die staatlichen Organisationen stark gesunken. In Umfragen des Kyjiwer Rasumkow-Zentrums gaben im Februar 2020 noch 52 Prozent an, Präsident Selenskyj zu vertrauen; dieser Anteil ist auf 30 Prozent im Dezember 2020 gefallen. Nun ist Vertrauensverlust in den Präsidenten nach den Wahlen ein typisches Phänomen in der Ukraine, da ergeht es Selenskyj nicht anders als allen seinen Vorgängern. Das heißt aber auch, dass er die wahrscheinlich günstigste Gelegenheit für große Reformen verpasst hat. Und so sind auch die ersten Jahre der Präsidentschaft von Wolodymyr Selenskyj von einem ernüchternden Widerspruch geprägt: Sie begannen mit umfangreichen Modernisierungsplänen und zahlreichen Reforminitiativen und endeten doch mit wirtschaftlicher Stagnation, ineffizienter Personalpolitik und dem Überleben der korrupten Staatsstrukturen.

Über die Autorin:

Dr. Kseniia Gatskova ist Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Wirtschaft, Migration und Integration des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind postsowjetische Transformation, soziale Ungleichheit, Migration und Zivilgesellschaft sowie Methoden der empirischen Sozialforschung.

Test bestanden, Herausforderung verstanden? Präsident Selenskyj und der Donbas-Konflikt

Von André Härtel (Universität Hamburg / Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Nach dem Amtsantritt Wolodymyr Selenskyjs Mitte 2019 beherrschte dessen Hauptprogramm – die Erreichung einer schnellen und friedlichen Lösung im Konflikt mit Russland und den separatistischen Kräften im Donbas – die politischen Debatten im patriotisch-progressiven Lager der Ukraine. Würde der neue, außenpolitisch unerfahrene Präsident die territoriale Integrität des Landes leichtfertig opfern, eine Zukunft in euroatlantischen Institutionen praktisch unmöglich machen und damit auch die seit der »Revolution der Würde« erreichten Fortschritte im Inneren gefährden?

Zwei Jahre später haben sich diese Befürchtungen im Grunde zerschlagen. Nach einer versuchten Annäherung, die im Pariser Normandie-Gipfel vom Dezember 2019 und nur einigen wenigen praktischen Fortschritten mündeten, haben sich die Beziehungen zwischen Kyjiw und Moskau wieder abgekühlt. Zu offensichtlich hatte Russland versucht, dem neuen ukrainischen Machthaber eine Anerkennung der selbsternannten Separatistenführer der besetzten Gebiete abzurufen, ohne dabei selbst zentrale ukrainische Forderungen wie nach der Kontrolle über die eigentliche ukrainisch-russische Grenze zu erfüllen. Im Gegenteil: Moskau schritt auch nach 2019 ununterbrochen fort mit der Ausgabe russischer Pässe in den besetzten Gebieten, mit deren Integration in die russische Wirtschaft und der gesellschaftlich-kommunikativen Abkopplung von Kyjiw.

Selenskyjs außenpolitischem Team, in dem vor allem der Leiter des Präsidentenbüros Andrij Jermak für den Donbas zuständig ist, blieb hier keine Wahl. Die Schließung der drei pro-russischen Fernsehkanäle des Oligarchen Wiktor Medwedtschuk und schließlich das Vorgehen des ukrainischen Sicherheitsrates gegen selbigen wurden auch in Moskau als klares Signal verstanden. Selenskyj, der sich offiziell weiter friedliebend und offen für Verhandlungen gibt, hat den naiven Ansatz der ersten Monate seiner Amtszeit abgelegt. Einer Unterminierung der ukrainischen Souveränität durch eine nachgiebige Haltung Kyjiws im Donbas und Stillschweigen gegenüber russischer Einflussnahme in der ukrainischen Politik wurde ein sichtbarer Riegel vorgeschoben.

Ist damit ein neues Kapitel im Donbas-Konflikt aufgeschlagen? Der neuerliche, russische Truppenaufmarsch an den Grenzen zur Ukraine hatte zunächst eine Konfrontation bisher ungekannten Ausmaßes vermuten lassen. Er ist letztlich aber nur ein Hinweis darauf, dass sich der 2014 in Gang gesetzte Plan Russlands, die besetzten Territorien als Faustpfand gegen eine nach Westen strebende Ukraine zu benutzen, wohl nicht realisieren lässt. Das, sowie das Ausschalten Medwedtschuks bedeuten allerdings nicht, dass es dem hybriden russischen Krieg gegen die Ukraine an alternativen Instrumenten mangelt. Zu wenig wird auch in der EU und ihren Mitgliedstaaten auf sich erhärtende Trends an der nördlichen und südlichen Flanke Kyjiws geachtet. In Belarus stehen Lukaschenkos Niederschlagung der Protestbewegung und die weitere sicherheitspolitische Integration des Landes in den russischen Orbit in unmittelbarer Verbindung. Im Asowschen und Schwarzen Meer treibt Moskau eine schleichende Annexion voran. Beide Vorgänge drohen für die Ukraine in einem Zangenriff-Szenario zu münden, das Kyjiw sicherheits- wie handelspolitisch die sprichwörtliche Luft zum Atmen nehmen kann.

Für den ukrainischen Präsidenten und seine zuletzt bewiesene außenpolitische Lernfähigkeit bedeutet die Ausdehnung des anhaltenden Konfliktes mit dem großen Nachbarn in weitere, multiple Arenen eine enorme Herausforderung. Sie wird sich, anders als im Donbas, nicht durch bloße Standfestigkeit in Verhandlungen und eine bessere Sicherung der Gebiete unter eigener Kontrolle bearbeiten lassen. Die Ukraine braucht eine regionale Sicherheitsstrategie, die ihre politische Handlungsfreiheit und ökonomische Konnektivität bewahrt und die Bedrohung durch feindlich gesinnte Regime unter Kontrolle halten kann. Diese muss dringend auch Ansätze und Partner jenseits von EU und NATO einschließen, die der Ukraine aus bekannten Gründen (noch) keine zuverlässigen Garantien geben können. Der schnelle Ausbau der eigenen militärischen Fähigkeiten und eine noch dynamischere Entwicklung der staatlichen Kernkapazitäten der Ukraine sind ohne jede Alternative.

Über den Autor:

Dr. André Härtel ist derzeit Gastwissenschaftler am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg (IFSH) und Lehrbeauftragter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (FSU). Er war von 2015–2020 DAAD-Fachlektor für »Deutschland- und Europastudien« an der Nationalen Universität Kyjiwer Mohyla-Akademie (NaUKMA).

Selenskyj symbolisiert die Krise der politischen Repräsentation

Von Wolodymyr Ischtschenko (Technische Universität Dresden)

Der erdrutschartige Sieg des politisch unerfahrenen Comedian Wolodymyr Selenskyj im Jahr 2019 war eine Antwort auf die postsowjetische Krise der politischen Repräsentation, die der Euromaidan-Aufstand 2014 zugespitzt hatte. Der Maidan konnte diese Krise allerdings nicht lösen, sondern reproduzierte und verstärkte sie noch.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben die postsowjetischen Eliten eine tiefe Krise der politischen Repräsentation durchlitten und es nicht geschafft, ein schlüssiges Projekt zur Entwicklung der Ukraine zu formulieren und auf den Weg zu bringen. Stattdessen stellten sie ihre jeweiligen Partikularinteressen als Gesamtinteressen des Landes dar und mobilisierten die aktive Einwilligung in ihr Regieren. Symptome der Krise waren ein massives Misstrauen gegenüber Staat und regierender Klasse, die als korrupt empfunden wurden, die Ablehnung der formulierten Ideologien und der politischen Institutionen, die Verbreitung populistischer Diskurse und Mobilisierungen, kombiniert mit einem geringen Maß an Partizipation in politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

In vielen postsowjetischen Staaten konservierten autoritäre bonapartistische Führungsfiguren wie Putin oder Lukaschenka die Krise der Repräsentation. In einer demnächst erscheinenden Veröffentlichung mit Oleg Zhuravlev zeigen wir, inwiefern die multiplen, beschleunigten und eskalierenden ukrainischen Maidan-Revolutionen eine weitere Pseudolösung derselben Krise darstellten. Diese massive eigenständige und dabei nur lose strukturierte Mobilisierung war eine Antwort auf die Krise der Repräsentation – und reproduzierte und verstärkte genau diese Krise. Besonders im Rahmen des letzten, längsten und gewaltsamsten Euromaidan-Aufstands von 2014 wurde die nationale Einheit ausgerufen, womit die berüchtigte »Ost-West-Spaltung« der ukrainischen Gesellschaft angeblich überwunden war. Dass die legitimen Unterschiede innerhalb der ukrainischen Nation allerdings weder anerkannt noch thematisiert wurden, befremdete die vielen Ukrainer, die dem Euromaidan ohnehin skeptisch gegenüberstanden.

Der Euromaidan beflügelte die Hoffnungen auf eine »revolutionäre« Transformation; tatsächlich kamen die Interessen und Wünsche der verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb der ukrainischen Gesellschaft, die durch die Revolution realisiert werden sollten, nicht einmal zur Sprache. Stattdessen verstärkte sich das Gegenüber von schwacher Zivilgesellschaft und geschwächtem ukrainischen Staat weiter. Letzterer bekam mehr Ressourcen und Möglichkeiten, um seine nationalis-

tisch-neoliberale Agenda voranzutreiben, und agierte damit fern der Hoffnungen der meisten Ukrainer. Letztlich wurde die »korrupte« oligarchische zugunsten einer »authentischen« Politik der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung zurückgewiesen. Diese etablierte jedoch keine politische Alternative, sondern blieb darauf beschränkt, die politische Repräsentation als solche abzulehnen. Das ist auch der Grund, warum sich nach dem Sturz des oligarchischen Präsidenten Wiktor Janukowytch mit Petro Poroschenko ein konkurrierender Oligarch das revolutionäre Erbe aneignete.

Ziemlich schnell geriet Poroschenko in eine Falle: Zwischen den schlecht artikulierten und schlecht organisierten Erwartungen auf soziale Veränderungen einerseits und der gut artikulierten, aber meist unpopulären neoliberal-nationalistischen Agenda einer gestärkten und zunehmend geschickter agierenden Zivilgesellschaft andererseits. Die anti-russische Rhetorik und immer radikalere politische Maßnahmen entlang der spaltenden »Ost-West«-Thematik (Sprache, Religion, Erinnerungspolitik) kompensierten den mangelnden sozialen Fortschritt und fehlende Dringlichkeit bei den »Antikorruptions«-Reformen, die den Interessen Poroschenkos und seiner Geschäftspartner zuwiderlaufen könnten. Poroschenko hatte zu Beginn des Wahlkampfes kaum eine andere Wahl, als weiter auf die spaltende Devise »Armee! Sprache! Glaube!« zu setzen, mit der er sich letzten Endes selbst absägte.

Selenskyjs Erfolg war ein formvollendetes Symptom der besagten Krise der politischen Repräsentation. Zu seinem Sieg verhalf ihm nicht die Kraft, die der vage Reiz des »neuen Gesichts« ausübte, sondern das extreme Misstrauen gegenüber den »alten« Eliten. Die Abstimmung für Selenskyj brachte diejenigen, die enttäuscht über das Ausbleiben sozialer Fortschritte nach dem Euromaidan waren, mit denen zusammen, die der zunehmende radikalisierte Nationalismus befremdete. Selenskyjs atemberaubende 73 Prozent starke Wahlkoalition war deutlich »einender« als der Euromaidan mit seinem Überbügeln der politischen Spaltungen in der Ukraine – als eigenständige politische Kraft war die Koalition jedoch umso fragiler und schwächer.

Ohne eine echte Partei, eine Bewegung oder auch nur ein funktionierendes Team mit einem klaren Plan ließ Selenskyj den politischen Moment von 2019 ungenutzt vorüberziehen. Stattdessen geriet er schnell in Poroschenkos Falle, eingezwängt zwischen die mächtigen Interessen der ukrainischen Politik: verschiedener oligarchischer »Clans«, der westlichen Partner und der nationalistischen Zivilgesellschaft. Selenskyjs Rhe-

torik zur Überwindung der Spaltung blieb vage und wurde weder institutionell verankert noch über politische Maßnahmen im Sinne einer inklusiven Nationalstaatsbildung realisiert. Er ist noch immer der beliebteste Politiker des Landes, hat allerdings viel Vertrauen und Unterstützung bei den Wählern verloren, während oppositionelle Anti-Maidan-Parteien erfolgreich die »schweigende Mehrheit« ansprechen, die von der »aggressiven Minderheit« nicht vertreten werde.

Selenskyj ist nicht in der Lage, die Abhängigkeit der Ukraine vom Ausland zu beenden und die unpopuläre Agenda seines Vorgängers und der Zivilgesellschaft zu

überwinden, und kompensiert die von den Interessen seiner oligarchischen Verbündeten verursachten Widersprüche ähnlich wie Poroschenko: durch symbolpolitische antirussische Züge und Unterdrückung der Opposition. Im Zuge dieser politischen Spiele bleiben die Erwartungen der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung auf sozialen Fortschritt unerfüllt. Die Krise der politischen Repräsentation entwickelt sich weiter – mit sämtlicher tödlichen Gefahren in einem wirtschaftlich und geopolitisch so fragilen Land.

Aus dem Englischen von Sophie Hellgardt

Über den Autor:

Dr. Wolodymyr Ischtschenko ist Postdoc am Institut für Slawistik der Technischen Universität Dresden. Seine Forschungsschwerpunkte sind Proteste und soziale Bewegungen, Nationalismus und Zivilgesellschaft. Aktuell arbeitet er an einer Monographie mit dem Titel »Der Maidan Aufstand: Mobilisierung, Radikalisierung und Revolution in der Ukraine, 2013–14«.

Der gewachsene Einfluss der Regionen wird zur Herausforderung für Selenskyj

Von Oleksandra Keudel (Freie Universität Berlin)

Die ersten beiden Jahre von Präsident Selenskyj waren geprägt von einem verstärkten Einfluss der regionalen Eliten in Verhandlungen mit den nationalen Autoritäten, die thematisch von der Überarbeitung der Verfassung bis zu den COVID-19-Hilfsmaßnahmen reichten. Während diese Entwicklungen dazu beitragen, eine Stärkung der präsidialen Vertikale zu vermeiden, bergen sie Risiken der Regionalisierung. Genügend lokale Autonomie zu gewähren und dabei die Risiken einer Regionalisierung zu mindern, wird die Hauptaufgabe von Präsident Selenskyj in diesem Jahr sein.

Selenskyj begann seine Amtszeit mit dem Ehrgeiz, die präsidiale Vertikale durch die Einführung von Verfassungsänderungen und die Durchführung von vorgezogenen Kommunalwahlen im Jahr 2019 zu konsolidieren, als seine große Popularität hohe politische Erträge auf kommunaler Ebene versprach. Für die Durchführung von Kommunalwahlen musste jedoch, nachdem in den letzten Jahren hunderte Territorialgemeinden im Rahmen der Dezentralisierungsreform zusammengelegt wurden, die Verwaltungsorganisation (insbesondere die Organisation der Bezirke oder Rajons) aktualisiert werden. Unter diesem Vorwand brachte Selenskyj 2019 in aller Eile zwei Gesetzentwürfe zur Änderung der Verfassung auf den Weg, die die Autonomie der lokalen Selbstverwaltung, die größte Errungenschaft der Dezentralisierungsreformen, zu untergraben droh-

ten. Keiner dieser Gesetzentwürfe wurde mit Vertretern der lokalen Selbstverwaltung oder der Expertencommunity diskutiert.

Insbesondere wurde durch Gesetzentwürfe des Präsidenten anstelle der staatlichen Verwaltungen eine »Präfektur« als staatliche Aufsichtsbehörde eingerichtet, die direkt dem Präsidenten unterstellt ist. Den Bürgermeistern (die damals wie heute die einflussreichsten Figuren der lokalen Selbstverwaltung sind) sollten einige ihrer exekutiven Funktionen entzogen werden. Nach erheblicher lokaler und internationaler Kritik hat der Präsident die Gesetzesvorlagen zurückgenommen. Anfang 2020 starteten das Präsidialamt, das Ministerium für Gemeinde- und Territorialentwicklung und der zuständige Parlamentsausschuss eine beispiellose Konsultationsrunde mit Vertretern der Verbände lokaler Selbstverwaltungen und der Fachöffentlichkeit über Verfassungsänderungen. Dieser Wechsel in Selenskyjs Kommunikationsstil wurde als willkommener Schritt in Richtung einer konsensualen Entscheidungsfindung gesehen. Er deutet auch darauf hin, dass der Präsident seine Unterstützung in den Regionen möglicherweise überschätzt hat.

Inkonsistente COVID-19-Hilfemaßnahmen und die mangelnde Fähigkeit der Regierung, mit der Pandemie umzugehen, untergruben die Macht des Präsidenten weiter und verschafften gleichzeitig den regionalen

Eliten Druckmittel. Im März 2020 forderte der Präsident die Eigentümer großer finanzindustrieller Konzerne (FIGs), darunter Oligarchen wie Rinat Achmetow, Wiktor Pintschuk und Ihor Kolomojskyj auf, die COVID-19-Hilfsmaßnahmen in den Regionen entsprechend der Standorte ihrer Unternehmen zu finanzieren. In neun Regionen hatten Großunternehmer sogar den Vorsitz der Anti-Krisen-Zentrale inne, darunter Oleksandr Jaroslowskyj, der in dieser Position die Autorität des Leiters der regionalen Staatsverwaltung von Charkiw zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen in Frage stellte. Im Kontext der Ukraine, wo regionale wirtschaftspolitische Gruppen eine informelle Kontrolle über staatliche und lokale Behörden ausüben, legitimierte die persönliche Bitte um Nothilfe durch Selenskyj und die Zuweisung von Koordinationsfunktionen deren informellen Einfluss.

Im Laufe des Jahres 2020 boykottierten die lokalen Behörden in vielen Regionen wie Charkiw, Odessa, Tscherkassy, Ternopil, Schytomyr und Mukatschewo die von der Regierung eingeführten Quarantänemaßnahmen. Vor allem die sog. Wochenend-Ausgangssperre veranlasste die Bürgermeister zu Gegenmaßnahmen. Der Stadtrat von Lwiw beispielsweise erklärte daraufhin alle Wochentage zu Arbeitstagen; andere Bürgermeister setzten die Wochenend-Ausgangssperre nicht auf die Tagesordnung des Stadtrats. Wie bei den Verhandlungen über Verfassungsänderungen veranlasste diese Gegenreaktion Selenskyj dazu, weitere Maßnahmen mit den lokalen Behörden abzusprechen, anstatt von oben herab einzuführen.

Die zunehmende Einflussnahme der regionalen Eliten manifestierte sich in den Ergebnissen der Kommu-

nalwahlen 2020. Während Selenskyjs »Diener des Volkes« zwar insgesamt die meisten Sitze in den Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern gewann, halbierte sich seine Unterstützung in der Bevölkerung insgesamt nahezu. Die wirklichen Gewinner dieser Wahlen waren Parteien, die von regionalen Eliten gegründet wurden; vor allem solche, die mit den Bürgermeistern der regionalen Zentren verbunden sind, wie zum Beispiel der Kernes-Block in Charkiw. Größere Ressourcen aufgrund der Dezentralisierungsreform und die Unterstützung durch die Bevölkerung verschafften den Bürgermeistern einen bedeutenden Hebel in den Verhandlungen über aktualisierte Kompetenzen der lokalen Selbstverwaltung und der lokalen Staatsverwaltungen.

Diese Entwicklungen deuten auf eine Verschiebung des Gleichgewichts zwischen nationalen und regionalen Eliten im Zuge der laufenden Dezentralisierungsreform hin, wobei die lokalen Selbstverwaltungsbehörden ihren Platz in den Verhandlungen über die Verteilung von Ressourcen und die Zuweisung von Kompetenzen ausbauen. Dieser Trend zur Ermächtigung der lokalen Selbstverwaltung wird sich fortsetzen, sobald die ausgehandelten Verfassungsänderungen und einige weitere Gesetze, die die lokale Verwaltung betreffen, angenommen werden.

Angesichts der schwachen Verankerung der »Diener des Volkes« in den Selbstverwaltungen der regionalen Zentren und teilweise auch der Regionalräte wird die fortschreitende Dezentralisierung eine zunehmende Herausforderung für Selenskyjs verbliebene Amtszeit.

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Eduard Klein

Über die Autorin:

Oleksandra Keudel ist Forschungsstipendiatin (Research Fellow) an der Freien Universität Berlin. Zu ihren Forschungsgebieten zählen Zivilgesellschaft, regionale Eliten und kommunale Selbstverwaltung in der Ukraine sowie Open Government und Bürgerbeteiligung.

Das Vertrauen und die Hoffnung auf einen Aufbruch schwinden

Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

52 Prozent – und damit so viele Menschen wie nie zuvor – meinten nach dem Amtsantritt von Wolodymyr Selenskyj im Sommer 2019, dass ihr Land sich nach dem spektakulären Wahlsieg des politischen Quer-einsteigers endlich in die richtige Richtung entwickle. Hingegen befanden historisch niedrige 22 Prozent der Ukrainer:innen, das Land bewege sich in die falsche Richtung.

Heute, keine zwei Jahre später, hat sich das Verhältnis praktisch umgekehrt: Im April waren nur noch 22 Prozent überzeugt, dass die Ukraine sich auf dem richtigen Weg befinde. 68 Prozent hingegen waren der Auffassung, es gehe erneut in die falsche Richtung. Was ist passiert, dass die Ukrainer:innen das Vertrauen in Selenskyjs Kurs so dramatisch verloren haben?

Klar ist: Daran hat nicht nur Selenskyj Schuld, denn die übersteigerten Erwartungen, dass Selenskyj allein, weil er ein politischer Newcomer war – ohne politische Erfahrungen und Netzwerke im komplexen, intransparenten Politikbetrieb der Ukraine – es besser machen würde als seine Vorgänger, muss sich die Bevölkerung selbst ankreiden. Nur weil es dem Schauspieler Selenskyj in der populären TV-Serie »Diener des Volkes« gelang, als sympathischer und unerschrockener Lehrer, der zufällig zum Präsidenten wird, die Oligarchen mit seiner Chuzpe zu zähmen, bedeutete das noch nicht, dass dies auch dem »echten« Präsidenten Selenskyj gelingen würde. Die diffusen und viel zu hohen Erwartungen waren naiv.

Aber es gibt durchaus triftige Gründe für Vertrauensverlust, die Selenskyj zu verschulden hat. So hat das Reformtempo deutlich nachgelassen: Premierminister Andrij Bohdan peitschte in der Anfangszeit Selenskyjs mit seinem nicht unumstrittenen, aber ambitionierten »Turbomodus«-Regime zahlreiche Reformen voran. Das lässt sich z. B. gut ablesen am [Index of Monitoring Reforms](#), der das Reformtempo erfasst: Nach Selenskyjs Amtsantritt und den vorgezogenen Parlamentswahlen erreichte der Index im vierten Quartal 2019 den Höchststand seit Anfang 2016 – auch Selenskyjs Popularität war damals noch auf dem Höhepunkt. Seit im März 2020 Denys Schmyhal als Premier übernahm, nimmt das Reformtempo kontinuierlich ab; der Wert des Reform-Indikators hat sich bis zum ersten Quartal 2021 nahezu halbiert. Sicher, die Coronavirus-Pandemie verlangt große Anstrengungen, viel Zeit und Ressourcen. Aber viele Rückschritte, wie z. B. der Angriff des Verfassungsgerichts auf die mühsam aufgebaute Antikorruptionsinfrastruktur, lassen sich damit nicht erklären – und tragen ihren Teil zum Vertrauensverlust in der Bevölkerung bei.

Über den Autor:

Dr. Eduard Klein ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteur der Ukraine-Analysen.

Ein weiterer Punkt ist der ungebrochene Einfluss der Oligarchie: Auch wenn Selenskyj jüngst ankündigte, dass die Entmachtung des pro-russischen Oligarchen Medwedtschuks nur der Anfang gewesen sei und jüngst eine Gesetz zur De-Oligarchisierung vorlegte: Selenskyj hat es nicht vermocht, deren Einfluss signifikant zu reduzieren. Die Oligarchen spielen weiterhin eine zentrale Rolle in Medien und Politik und blockieren Reformen. Zudem lässt das bisherige Vorgehen, das sich vor allem gegen Poroschenko und Medwedtschuk richtet, darauf schließen, dass unter dem Deckmantel der De-Oligarchisierung vor allem politische Gegner ausgeschaltet werden sollen – während andere Oligarchen nicht behelligt werden.

Hinzu kommt, dass Selenskyj seit Amtsantritt bei seinen beiden zentralen Wahlkampfthemen – dem Krieg im Donas und dem Kampf gegen die Korruption – trotz kleinerer Fortschritte kaum nennenswerte Erfolge vorweisen kann.

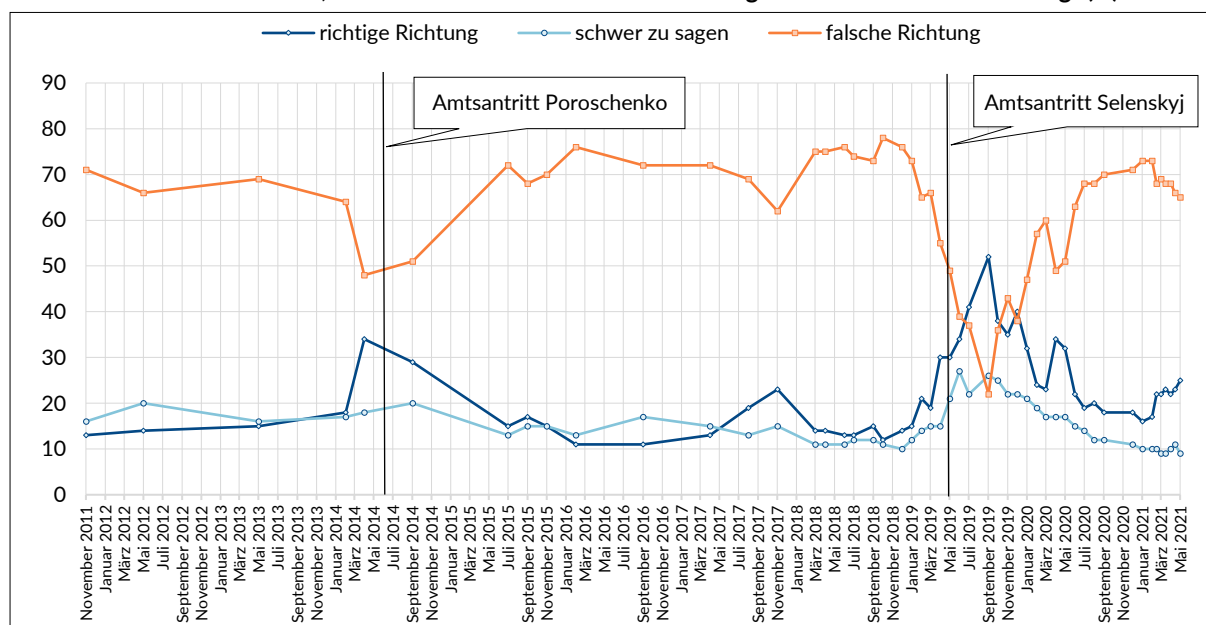
Selenskyj ist angesichts der immensen innenpolitischen Herausforderungen und des zunehmenden internationalen Drucks (jüngst die russischen Militärübungen nahe der ukrainischen Grenze, Unzufriedenheit mit dem stockenden Reformprozess bei den internationalen Partnern und Geldgebern der Ukraine) mehr denn je auf Erfolge angewiesen. Die angekündigte Entmachtung der Oligarchen wäre vermutlich solch ein Erfolg, der das Ruder herumreißen könnte.

Nach zwei Jahren im Amt schwindet Selenskyjs Rückhalt jedoch, was seine Position schwächt und es zunehmend schwieriger macht, seine proklamierten Ziele zu erreichen. Das Vertrauen der Gesellschaft in die Politik wird das »Experiment« Selenskyj, mit dem große Hoffnungen auf einen Neustart der ukrainischen Politik verbunden waren, so nicht gerade stärken.

UMFRAGEN

Zwei Jahre Selenskyj aus Sicht der Bevölkerung

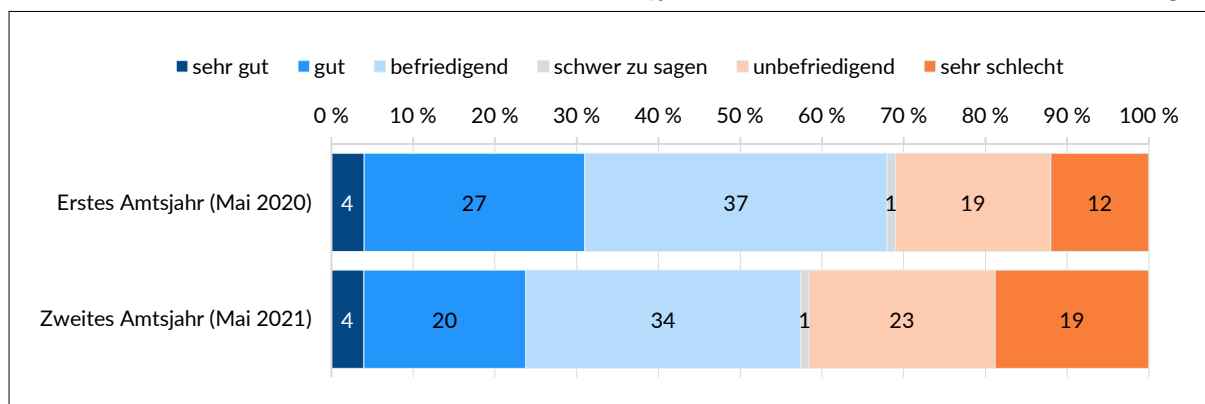
Grafik 1: Was denken Sie, entwickelt sich die Ukraine in die richtige oder in die falsche Richtung? (%)



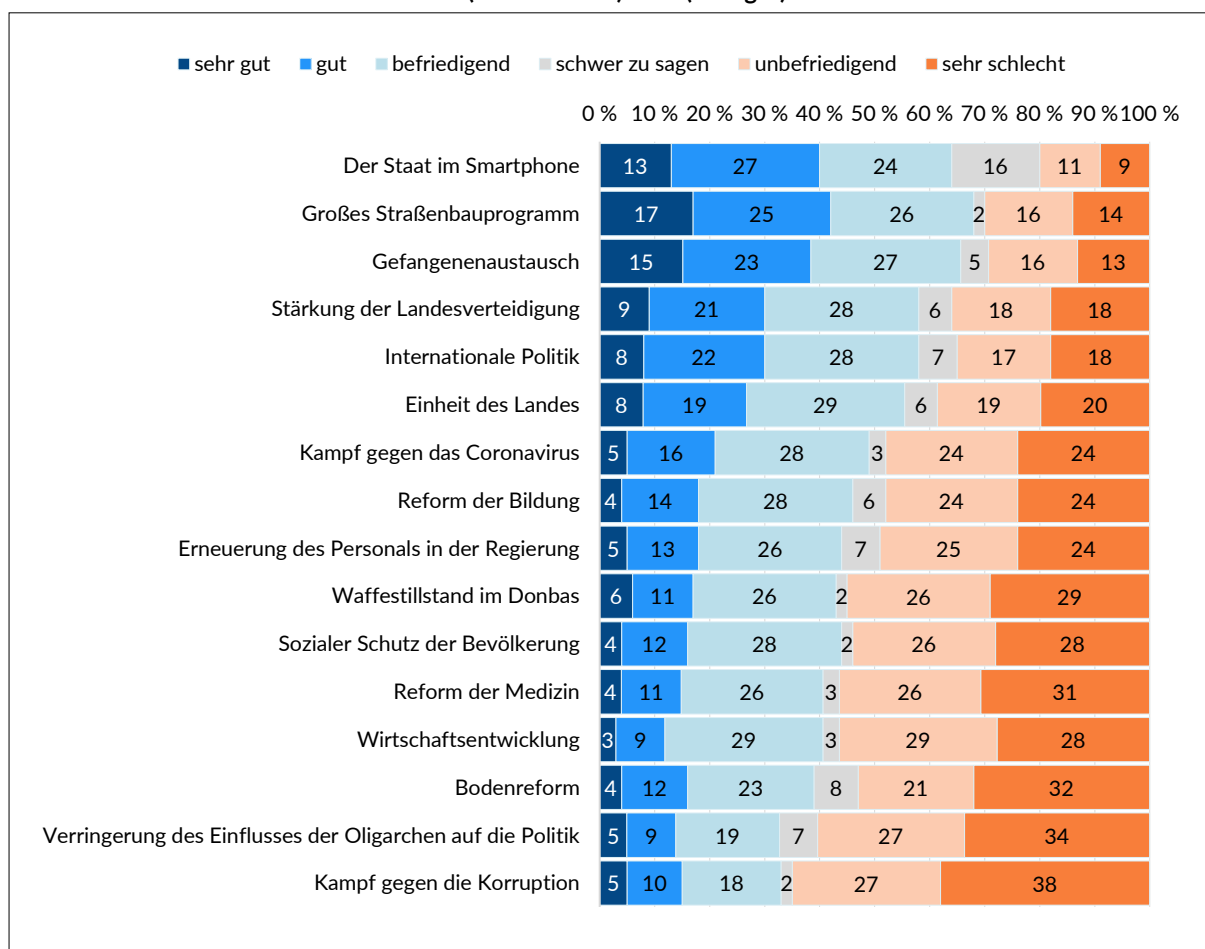
	richtige Richtung	schwer zu sagen	falsche Richtung
November 2011	13	16	71
Mai 2012	14	20	66
Mai 2013	15	16	69
Februar 2014	18	17	64
April 2014	34	18	48
7. Juni 2014	Amtsantritt von Petro Poroschenko		
September 2014	29	20	51
Juli 2015	15	13	72
September 2015	17	15	68
November 2015	15	15	70
Februar 2016	11	13	76
September 2016	11	17	72
April 2017	13	15	72
August 2017	19	13	69
November 2017	23	15	62
März 2018	14	11	75
April 2018	14	11	75
Juni 2018	13	11	76
Juli 2018	13	12	74
September 2018	15	12	73
Oktober 2018	12	11	78
Dezember 2018	14	10	76
Januar 2019	15	12	73
Februar 2019	21	14	65
März 2019	19	15	66
April 2019	30	15	55

	richtige Richtung	schwer zu sagen	falsche Richtung
Mai 2019	30	21	49
20. Mai 2019	Amtsantritt von Wolodymyr Selenskyj		
Juni 2019	34	27	39
Juli 2019	41	22	37
September 2019	52	26	22
Oktober 2019	38	25	36
November 2019	35	22	43
Dezember 2019	40	22	38
Januar 2020	32	21	47
Februar 2020	24	19	57
März 2020	23	17	60
April 2020	34	17	49
Mai 2020	32	17	51
Juni 2020	22	15	63
Juli 2020	19	14	68
August 2020	20	12	68
September 2020	18	12	70
Dezember 2020	18	11	71
Januar 2021	16	10	73
Februar 2021 (I)	17	10	73
Februar 2021 (II)	22	10	68
März 2021 (I)	22	9	69
März 2021 (II)	23	9	68
April 2021 (I)	22	10	68
April 2021 (II)	23	11	66
Mai 2021	25	9	65

Quelle: Rating-Agentur, Zwei Jahre Präsident Selenskyj – Meinung der Bevölkerung, 20.05.2021, http://ratinggroup.ua/research/ukraine/dva_goda_prezidenta_zelenskogo_ocenki_grazhdan.html.

Grafik 2: Bewerten Sie die Arbeit von Präsident Selenskyj auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut)

Quelle: Rating-Agentur, Zwei Jahre Präsident Selenskyj – Meinung der Bevölkerung, 20.05.2021, http://ratinggroup.ua/research/ukraine/dva_goda_prezidenta_zelenskogo_ocenki_grazhdan.html.

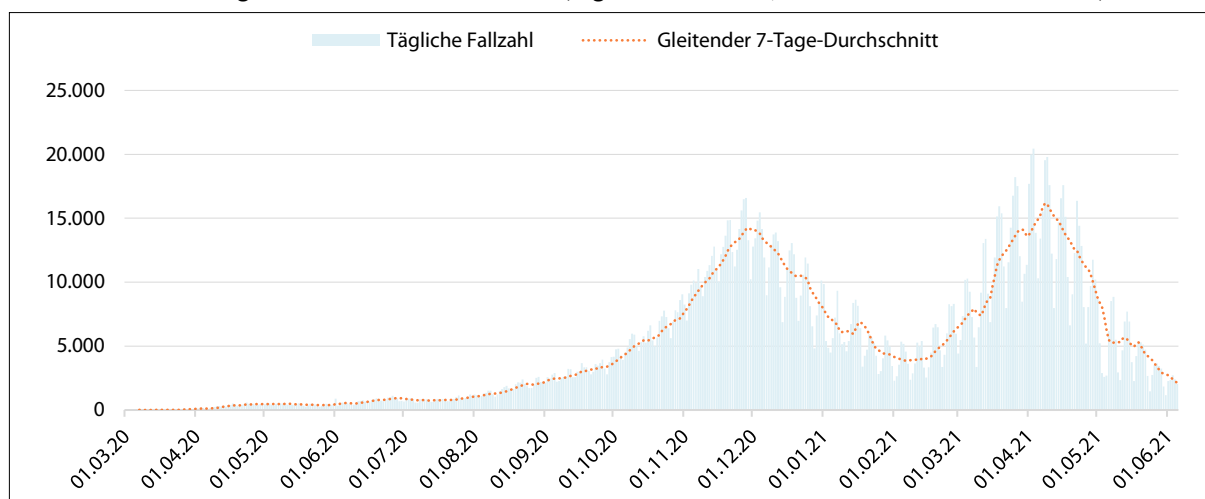
Grafik 3: Wie bewerten Sie die Arbeit von Präsident Selenskyj in seinem zweiten Amtsjahr in folgenden Bereichen auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut)

Quelle: Rating-Agentur, Zwei Jahre Präsident Selenskyj – Meinung der Bevölkerung, 20.05.2021, http://ratinggroup.ua/research/ukraine/dva_goda_prezidenta_zelenskogo_ocenki_grazhdan.html.

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine, Stand: 05. Juni 2021

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in der Ukraine (tägliche Fallzahlen, 1. März 2020 – 05. Juni 2021)



Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 05.06.2021, 15:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/5COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

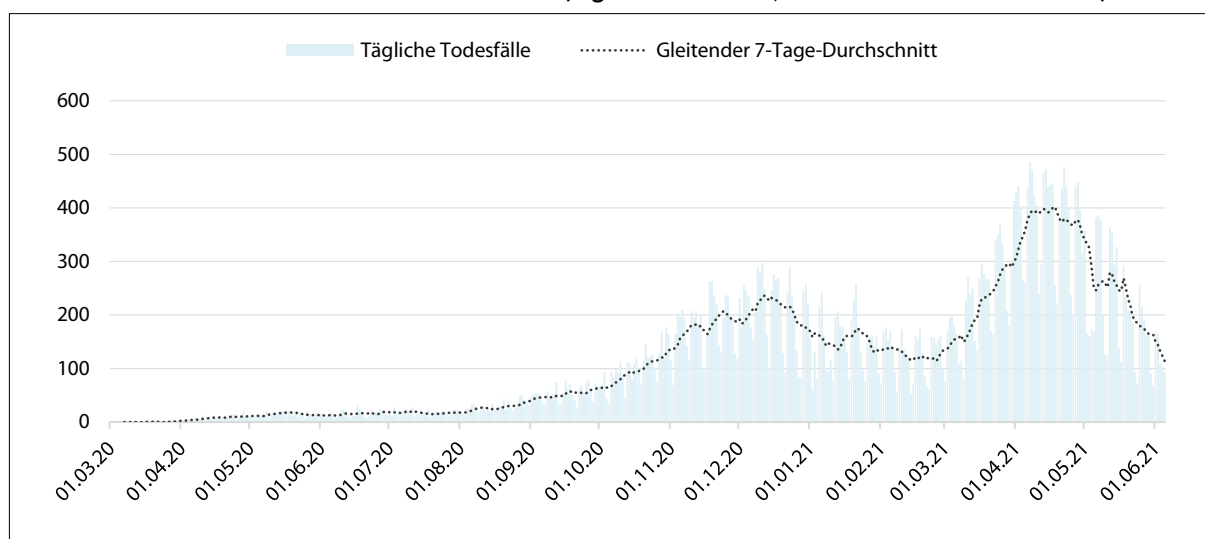
Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in der Ukraine (Fälle, 18. Mai – 05. Juni 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
18.05.21	2.216.856	4.221	28.05.21	2.254.674	3.432
19.05.21	2.222.115	5.259	29.05.21	2.257.904	3.230
20.05.21	2.227.400	5.285	30.05.21	2.259.743	1.839
21.05.21	2.232.510	5.110	31.05.21	2.260.899	1.156
22.05.21	2.237.240	4.730	01.06.21	2.263.167	2.268
23.05.21	2.239.897	2.657	02.06.21	2.265.502	2.335
24.05.21	2.241.354	1.457	03.06.21	2.268.209	2.707
25.05.21	2.244.084	2.730	04.06.21	2.270.602	2.393
26.05.21	2.247.605	3.521	05.06.21	2.272.633	2.031
27.05.21	2.251.242	3.637			

Für die Zahlen vom 01.03.2020–17.05.2021 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–251.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 05.06.2021, 15:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in der Ukraine (tägliche Todesfälle, 1. März 2020 – 05. Juni 2021)

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 05.06.2021, 15:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in der Ukraine (18. Mai – 05. Juni 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
18.05.21	50.425	293	28.05.21	52.252	164
19.05.21	50.658	233	29.05.21	52.414	162
20.05.21	50.867	209	30.05.21	52.504	90
21.05.21	51.076	209	31.05.21	52.573	69
22.05.21	51.260	184	01.06.21	52.742	169
23.05.21	51.353	93	02.06.21	52.907	165
24.05.21	51.425	72	03.06.21	53.015	108
25.05.21	51.682	257	04.06.21	53.117	102
26.05.21	51.898	216	05.06.21	53.211	94
27.05.21	52.088	190			

Für die Zahlen vom 01.03.2020–05.06.2021 siehe die Statistik »Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine« in den Ukraine-Analysen 233–251.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität, die sich auf offizielle Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine beruft (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 05.06.2021, 15:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Grafik 3: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen (Stand: 05. Juni 2021)

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 05.06.2021 08:20 Uhr.

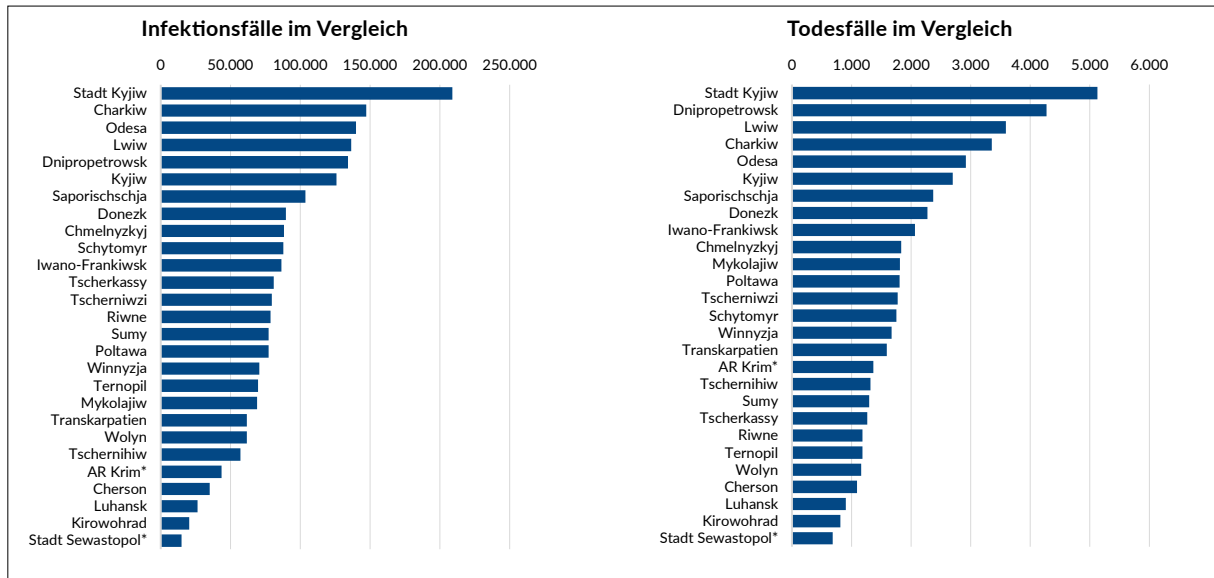
Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 4: Regionale Verteilung der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 05. Juni 2021)

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 05.06.2021 08:12 Uhr.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 5: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 05. Juni 2021)

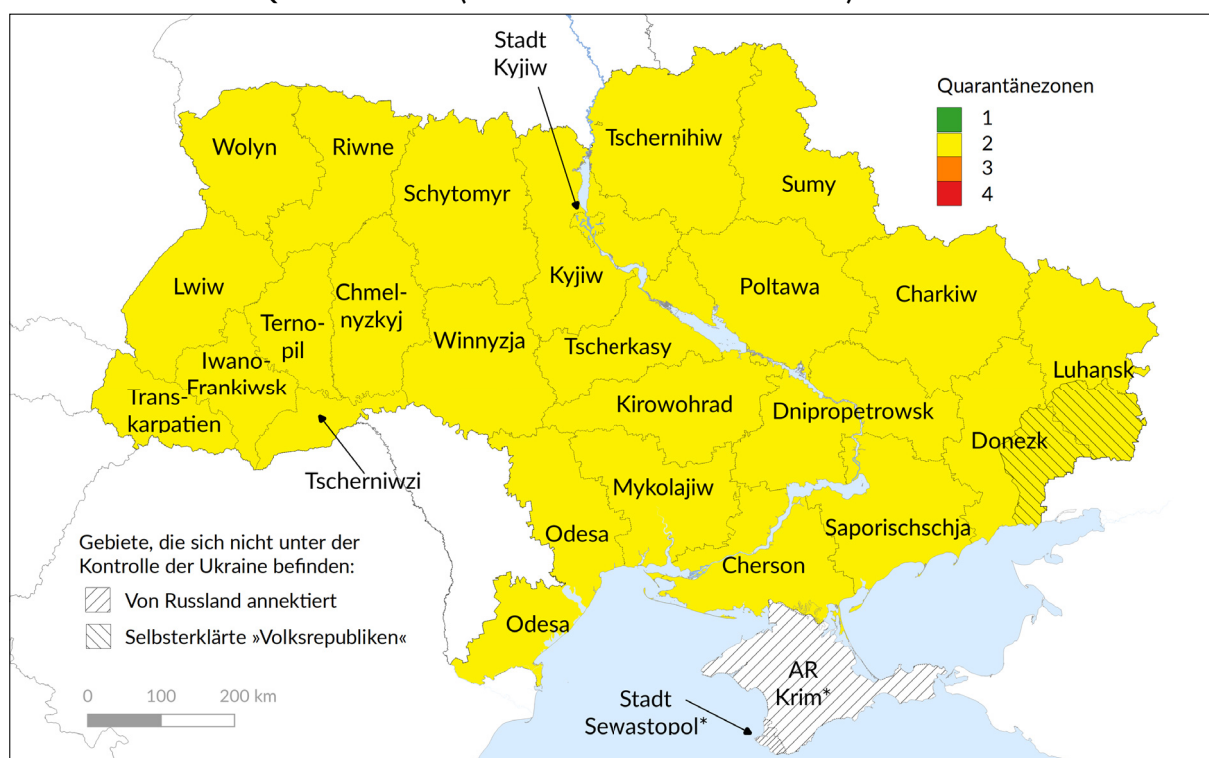


* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 05.06.2021 08:20 Uhr.

Tabelle 3: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen (Stand: 05. Juni 2021)

Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	147.348	3.352
Cherson	35.071	1.095
Chmelnyzkyj	88.228	1.836
Dnipropetrowsk	134.206	4.274
Donezk	89.709	2.277
Iwano-Frankiwsk	86.382	2.063
Kirowohrad	20.396	811
Kyjiw	125.940	2.698
Stadt Kyjiw	208.936	5.126
Luhansk	26.268	906
Lwiw	136.419	3.589
Mykolajiw	68.962	1.814
Odesa	139.809	2.920
Poltawa	77.180	1.809
Riwne	78.710	1.182
Saporischschja	103.629	2.370
Schytomyr	87.890	1.754
Sumy	77.204	1.298
Ternopil	69.662	1.182
Transkarpatien	61.799	1.594
Tscherkassy	81.018	1.263
Tschernihiw	57.054	1.318
Tscherniwzi	79.496	1.774
Winnyzja	70.673	1.671
Wolyn	61.591	1.164
AR Krim*	43.677	1.364
Stadt Sewastopol*	14.989	686

* Inoffizielle Daten; Datenquelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 05.06.2021 08:20 Uhr.

Grafik 6: Covid-19-Quarantänezones (Stand: Daten bis zum 05. Juni 2021)

* Keine Daten; Datenquelle: https://moz.gov.ua/uploads/6/31073-05_06_2021.pdf, Stand: 05.06.2021.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 10 – 24. Mai 2021

10.05.2021	Zur Bekämpfung der Covid-19 Pandemie beschließt das Ministerkabinett die Verlängerung der »adaptiven Quarantäne« bis Ende August. Premierminister Denys Schmyhal geht davon aus, dass die Quarantänebeschränkungen in der Ukraine noch ein Jahr lang bestehen bleiben könnten.
11.05.2021	Laut Premierminister Denys Schmyhal haben wegen der Corona-Pandemie etwa eine Million Ukrainer ihre Arbeit verloren. Durch staatliche Unterstützungsprogramme konnten 500.000 bedrohte Arbeitsplätze gesichert werden.
11.05.2021	Durch die indische Variante, die ansteckender ist als bisherige Varianten des Coronavirus, könnte eine vierte Welle auf die Ukraine zukommen, warnt Gesundheitsminister Maksym Stepanow.
11.05.2021	Die Weltbank gibt ein Hilfsprogramm in Höhe von 90 Mio. US-Dollar zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in der Ukraine frei. Ziel ist die Beschaffung von Impfstoffen für bis zu 10 Millionen Menschen sowie die Stärkung des Gesundheitssystems zur Pandemiebekämpfung.
11.05.2021	Nachdem das Impftempo gegen Covid-19 bis Ende April 2021 deutlich an Fahrt aufnahm – am 29. April wurde mit 73.376 Impfungen ein Höchstwert erreicht – sinkt der Impffortschritt wieder mit weniger als 20.000 Impfungen pro Tag in den letzten Tagen.
12.05.2021	Premierminister Denys Schmyhal teilt mit, dass Personen, die sich über die staatliche E-Services App »Dija« für eine Covid-19-Impfung angemeldet haben, sich ab dem 15. Mai impfen lassen können. Laut dem obersten Sanitätsarzt des Landes Wiktor Ljaschko gilt dies jedoch zunächst nur für priorisierte Gruppen. Erfreulich seien zudem die sinkenden Infektionszahlen, so Schmyhal.

13.05.2021	Mit den Regionen Mykolajiw und Tscherkassy werden die letzten beiden verbliebenen »oranen« Zonen zu »gelben« Zonen erklärt, wodurch auch dort die Covid-19-Quarantänemaßnahmen gelockert werden können. Aktuell sind sämtliche Regionen des Landes als »gelbe« Zonen eingestuft.
13.05.2021	Das Gesundheitsministerium berichtet, dass fast alle Impfdosen des AstraZeneca Impfstoffs gegen Covid-19 verimpft wurden. Die nächste Lieferung mit weiteren 700.000 Dosen AstraZeneca wird für Ende Mai erwartet.
14.05.2021	Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis teilt per Twitter mit, dass Litauen aus Solidarität der Ukraine 100.000 Impfdosen gegen Covid-19 bereitstellen werde.
17.05.2021	Laut Premierminister Denys Schmyhal könnten einige Region des Landes wegen der verbesserten Covid-19-Pandemilage schon bald zu »grünen« Zonen mit minimalen Einschränkungen erklärt werden.
18.05.2021	Auf Initiative von Premierminister Denys Schmyhal wird Gesundheitsminister Maksym Stepanow von der Werchowna Rada entlassen. Zuvor soll Präsident Selenskyj Stepanow den Rücktritt nahegelegt haben, was der Gesundheitsminister ablehnte. Stepanow wird vor allem der langsame Impffortschritt gegen Covid-19 vorgeworfen. Seit Ausbruch der Pandemie in der Ukraine vor etwas mehr als einem Jahr ist Stepanow bereits der dritte Gesundheitsminister, der seinen Posten räumen muss.
18.05.2021	UNICEF liefert der Ukraine eine knappe halbe Million Impfdosen im Rahmen der globalen COVAX-Initiative zur Bekämpfung der Corona-Pandemie.
20.05.2021	Das Parlament ernennt den stellvertretenden Gesundheitsminister und obersten Sanitätsarzt des Landes, Wiktor Ljaschko, zum neuen Gesundheitsminister der Ukraine. Ljaschko gibt als Ziel aus, bis zum Ende des Sommers fünf Millionen Ukrainer vollständig geimpft zu haben; aktuell sind knapp über 60.000 Personen im Land zweifach geimpft. Bis zum Ende des Jahres sollen laut Ljaschko alle Ukrainer, die eine Impfung wollen, geimpft sein.
21.05.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, dass sich die Ukraine über Verträge mit verschiedenen Produzenten und Programmen insgesamt 47 Mio. Impfdosen gegen Covid-19 gesichert habe. Das sei genug, um die gesamte Bevölkerung zu impfen, so der Präsident.
24.05.2021	Mit 1.334 neu gemeldeten Covid-19-Infektionen am Vortag sind die Neuansteckungen so niedrig wie zuletzt Mitte August 2020.
24.05.2021	Die Zahl der aktiven Covid-19-Fälle in der Ukraine ist in den vergangenen vier Wochen deutlich zurückgegangen: Gab es am 22. April noch mehr als 400.000 aktive Fälle, sind es am 24. Mai nur noch etwas mehr als 160.000.
24.05.2021	Die Ukraine sendet in dieser Woche ein humanitäres Hilfspaket mit Sauerstoff- und Beatmungsgeräten nach Indien, wo der Gesundheitssektor wegen der Coronavirus-Pandemie aktuell besonders überlastet ist. Am 7. Mai hatte Präsident Wolodymyr Selenskyj ein Dekret unterzeichnet, Indien bei der Bekämpfung der Pandemie zu unterstützen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

CHRONIK

10. – 24. Mai 2021

11.05.2021	Generalstaatsanwältin Iryna Wenediktowa teilt mit, dass gegen den Oligarchen Wiktor Medwedtschuk und seinen Geschäftspartner Taras Kosak Ermittlungen wegen Hochverrats eingeleitet werden. Bereits im Februar wurden Sanktionen gegen Medwedtschuk und Kosak wegen angeblicher Terrorismusfinanzierung erlassen. Während Kosak sich laut dem ukrainischen Sicherheitsdienst (SBU) in Russland aufhält, befindet sich Medwedtschuk, der Vorsitzende der pro-russischen Partei Oppositionsplattform – für das Leben, der auch Kosak angehört, in der Ukraine. Medwedtschuk weist die Vorwürfe als »fabriziert« zurück.
11.05.2021	Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine erarbeitet im Auftrag von Präsident Wolodymyr Selenskyj ein Gesetz zur De-Oligarchisierung. Laut der »Kyiv Post« werden darin Oligarchen bezeichnet als »Geschäftsleute, die Monopole kontrollieren, Medien besitzen und sich an der Politik beteiligen«. Sie sollen mit dem Gesetz stärker kontrolliert werden. Der frühere Abgeordnete und Investigativjournalist Serhij Leschtschenko veröffentlicht eine Liste mit 13 Personen, die dem Gesetzentwurf zufolge als Oligarchen eingestuft werden sollen, darunter Rinat Achmetow, Petro Poroschenko, Dmytro Firtasch und Ihor Kolomojskyj.

12.05.2021	Die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet, dass die EU in einem internen Papier davon ausgeht, dass Russland die »Volksrepubliken« in der Ostukraine schrittweise »de-facto integrieren« wolle, unter anderem durch die Ausgabe von russischen Pässen an die Bevölkerung. Kreml-Sprecher Dmitry Peskow weist die Vorwürfe zurück.
12.05.2021	Das Ministerkabinett gründet das »Büro für wirtschaftliche Sicherheit«. Die neue Institution, die ca. 4.000 Mitarbeiter haben wird, soll Wirtschaftskriminalität bekämpfen, die nicht in die Zuständigkeit des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) fällt, z. B. Steuerhinterziehung. Der Polizei und dem Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) werden Teile ihrer Kompetenzen im Bereich Wirtschaftskriminalität entzogen.
13.05.2021	Die Generalstaatsanwaltschaft beantragt Untersuchungshaft für den Oligarchen Wiktor Medwedtschuk und setzt die Kaution auf 300 Mio. Hrywnja (ca. 9 Mio. Euro) fest. Das Kyjiwer Bezirksgericht Petschersk lehnt die Untersuchungshaft ab und verhängt stattdessen einen 24-Stunden-Hausarrest bis zum 9. Juli, der mithilfe einer elektronischen Fußfessel überwacht wird.
13.05.2021	Vom 11.–13. Mai finden 60 Durchsuchungen gegen mehrere aktuelle und ehemalige hochrangige Beamte in Kyjiw in Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Korruptionsverdachts, Betrugs, Steuerhinterziehung und Amtsmissbrauch statt. Bürgermeister Witalij Klytschko verurteilt die Ermittlungen und sieht darin einen Druck auf ihn persönlich.
13.05.2021	Der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire und der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal unterzeichnen in Kyjiw ein Abkommen über den Kauf französischer Waren und Dienstleistungen im Umfang von 1,3 Mrd. Euro. Der französische Konzern Alstom liefert der Ukraine 130 elektrische Lokomotiven im Wert von 880 Mio. Euro. 35 Prozent der Produktion sollen in der Ukraine erfolgen und hunderte Arbeitsplätze sichern. Darüber hinaus sollen 370 Feuerwehr-Löschfahrzeuge geliefert und Wasserversorgungsstationen vor allem in der Ostukraine nahe der Frontlinie saniert werden.
13.05.2021	Ermittler des Staatlichen Ermittlungsbüros durchsuchen die Wohnung des obersten Verfassungsrichters der Ukraine Oleksandr Tupyzyk.
14.05.2021	Laut dem staatlichen Statistikamt der Ukraine fiel das BIP im ersten Quartal 2021 um 1,1 Prozent. Für das laufende Jahr rechnet das Finanzministerium mit einem BIP-Wachstum von 4,1 Prozent.
14.05.2021	Die ukrainische Armee hält in der Nähe der von Russland annektierten Krim Militärübungen ab und testet die Einsatzbereitschaft des Mehrfachraketenwerfersystems »Uragan«.
17.05.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj teilt mit, dass alle staatlichen Behörden der Ukraine ab dem 24. August 2021 digital und papierlos arbeiten werden und für staatliche Dienstleistungen keine Dokumente im Papierformat mehr benötigt würden. Ab dem 23. August werden elektronische Pässe gleichwertig zu den bisherigen Pässen aus Papier behandelt und anerkannt.
18.05.2021	Infrastrukturminister Wladyslaw Kryklj und der Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Landwirtschaft Ihor Petraschko reichen ihren Rücktritt ein. Gesundheitsminister Maksym Stepanow wird vom Parlament entlassen, womit es zu einer größeren Kabinettsumbildung kommt.
18.05.2021	Energieminister Herman Haluschtschenko fordert, die Energieimporte aus Russland und Belarus aus Gründen der nationalen Sicherheit einzustellen.
18.05.2021	Die Kyiv Post berichtet unter Berufung auf eine Studie des ukrainischen Marktforschungsunternehmens Liberty Report, dass knapp 23 Prozent der volljährigen Ukrainer emigrieren würden. Bei der jüngeren Bevölkerung zwischen 14–17 Jahren gaben sogar 35 Prozent der Befragten an, permanent in ein anderes Land übersiedeln zu wollen. Dabei ist der Anteil in der Ostukraine mit 50 Prozent deutlich höher als in der Westukraine, die nur 20 Prozent der jungen Menschen verlassen wollen. Die USA, Kanada und die EU sind die häufigsten Zielländer.
19.05.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj und die estnische Premierministerin Kaja Kallas unterzeichnen in Kyjiw eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung des EU-Beitritts der Ukraine. Zuvor wurden mit Polen, Litauen und Lettland ähnliche Abkommen unterzeichnet.
20.05.2021	Nach zwei Jahren im Amt gibt Präsident Wolodymyr Selenskyj eine große Pressekonferenz, um die Ergebnisse seiner bisherigen Amtszeit zu resümieren. Die Lösung des Konflikts im Donbas und die Wiedereingliederung der ukrainischen Gebiete in der Ostukraine hätten weiterhin die höchste Priorität, so Selenskyj. Gegenüber Deutschland äußert der Präsident, dass es neben Frankreich zwar weiterhin die Ukraine unterstütze, seine Position gegenüber Russland jedoch geschwächt hätte. Innenpolitisch richtet Selenskyj einen Fokus auf die Entmachtung der Oligarchen, wozu in den kommenden Tagen ein neues Gesetz vorgelegt werden soll. Angesprochen auf eine mögliche zweite Amtszeit antwortet Selenskyj, es sei zu früh, sich jetzt schon darüber Gedanken zu machen.

20.05.2021	Die Generalstaatsanwaltschaft schreibt Taras Kosak offiziell zur Fahndung aus. Ihm wird, zusammen mit dem Oligarchen und Parteikollegen Wiktor Medwedtschuk, Hochverrat vorgeworfen. Kosak soll sich laut Medienberichten im Februar nach Belarus abgesetzt haben.
20.05.2021	Die Werchowna Rada ernennt auf Vorschlag von Premierminister Denys Schmyhal den Leiter der staatlichen Steuerbehörde Oleksej Lubtschenko zum neuen Wirtschaftsminister, den Leiter der staatlichen Behörde für Straßenbau Oleksandr Kubrakow zum neuen Infrastrukturminister und den stellvertretenden Gesundheitsminister und leitenden Sanitätsarzt der Ukraine Wiktor Ljaschko zum neuen Gesundheitsminister.
20.05.2021	Einer neuen Umfrage der Rating-Gruppe zufolge bewertet rund ein Viertel der Bevölkerung Selenskyjs zweites Amtsjahr als ausgezeichnet oder gut; 34 Prozent sehen seine Arbeit als zufriedenstellend an und 42 Prozent finden sein zweites Jahr als Präsident unbefriedigend oder schlecht. Gefragt nach einzelnen Maßnahmen werden vor allem die Projekte »Der Staat im Smartphone« sowie das große Infrastrukturprogramm zum Bau von Straßen als Erfolge herausgehoben (jeweils ca. 40 Prozent bewerten diese mit »sehr gut« oder »gut«), während der Kampf gegen die Korruption und die De-Oligarchisierung am schlechtesten bewertet werden (53 bzw. 65 Prozent sprechen von unbefriedigenden oder sogar »schrecklichen« Resultaten in diesen Bereichen).
21.05.2021	Das ukrainische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der der US-Kongress zu Sanktionen gegen Nord Stream 2 aufgefordert wird. Am Vortag hatten die USA beschlossen, aus Rücksicht auf Deutschland keine weiteren Sanktionen gegen die Gaspipeline und den CEO von Nord Stream 2, den Deutschen Matthias Warnig, zu verhängen. Während die Ukraine auf weitere Sanktionen drängt, begrüßt der deutsche Außenminister Heiko Maas die Abkehr der USA von weiteren Sanktionsmaßnahmen.
21.05.2021	Der Oberste Gerichtshof auf der von Russland annektierten Krim verurteilt den ukrainischen Staatsbürger Iwan Jazkin wegen angeblicher Sammlung und Weitergabe von Staatsgeheimnissen zu elf Jahren strenger Haft in einer Strafkolonie. Die ukrainische Menschenrechtsbeauftragte Ljudmila Denysowa kritisiert das Urteil als rechtswidrig und als »Demonstration systematischer politischer Unterdrückung durch die Besatzungsbehörden gegen unsere Bürger, die auf dem Territorium der vorübergehend besetzten Krim eine pro-ukrainische Meinung äußern«.
22.05.2021	Die Wiederaufnahme der Wasserversorgung der Krim von der Ukraine aus wird nur nach der Entmilitarisierung und De-Okkupation der von Russland besetzten Halbinsel erfolgen, teilt ein Sprecher des ukrainischen Außenministeriums mit. Ein Sprecher des russischen Außenministeriums warnte zuvor, dass die ukrainische Blockade der Wasserversorgung aus der Festland-Ukraine zu einer humanitären Katastrophe mit schwer abschätzbaren Folgen führen könnte.
24.05.2021	Der Grünen-Parteichef Robert Habeck reist auf Einladung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in die Ukraine, wo er mit dem Präsidenten unter anderem über die Risiken von Nord Stream 2 und den Konflikt in der Ostukraine spricht. Habecks Äußerung, Waffen zur Verteidigung seien der Ukraine nur schwer zu verwehren, löst vor allem in Deutschland eine kontroverse Debatte um die militärische Unterstützung der Ukraine aus.
25.05.2021	Premierminister Denys Schmyhal kündigt an, dass die Ukraine ab dem 26. Mai alle Flüge von und nach Belarus streichen und es ukrainischen Fluggesellschaften untersagen werde, den belarussischen Luftraum zu überfliegen. Das soll laut Schmyhal die Sicherheit von Flügen und Passagieren gewährleisten. Zuvor hatten die belarussischen Behörden am 23. Mai ein Ryanair-Flugzeug unter dem Vorwand einer »Bombendrohung« zur Landung in Minsk gezwungen und zwei Passagiere festgenommen.
25.05.2021	Das Kiewer Bezirksgericht Podil beschuldigt den Leiter des Verfassungsgerichts der Ukraine, Oleksandr Tupyzkyj, der Bestechung. Er soll im Oktober 2018 im Zusammenhang mit einer illegalen Privatisierung einen Zeugen bestochen haben, damit dieser eine Falschaussage macht.
26.05.2021	Die Ukraine stellt ihre Energieimporte aus Belarus und Russland vorerst bis zum 1. Oktober 2021 ein.
26.05.2021	Die renommierte Online-Zeitung Ukrainska Pravda (UP) teilt mit, dass sie von der Investmentgesellschaft Dragon Capital aufgekauft wurde. Der Kauf soll keine Auswirkungen auf die redaktionelle Politik der UP haben, teilen Zeitung und Investor mit. Dragon Capital besitzt mit der Wochenzeitschrift Nowoe Wremja ein weiteres renommiertes Medium in der Ukraine.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.